

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelhefte 1,50 RM. Inland: 1,00 RM. Ausland: 1,50 RM. Einzelnummern 10 Pf. Die Postgebühren und Steuern, unsere Anzeigen und jeder Zeit Befehle sind in jedem Heft abzufolgen. Fern Aufträge auf Lieferung der Zeitung oder Änderung des Bezugspreises, Rücksendung eingelangter Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Anzeigenpreis: die 6-spaltige Normzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3-spaltige Normzeile im ersten Teil 1 RM., die 2-spaltige Normzeile im zweiten Teil 1 RM. Nachmittagsblätter 20 Reichspfennige. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der durch Fernschreiber übermittelten Nachrichten über die Redaktion nicht verantwortlich, wenn der Auftraggeber in Konkurrenz mit dem Empfänger eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurrenz mit dem Empfänger eingezogen werden muß.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 156 — 92. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2610      Freitag, den 7. Juli 1933

## Des Zentrums Ende.

Länger, als man es im allgemeinen erwartete, hat es gedauert, bis nun auch die Deutsche Zentrumspartei, teils der Not gehorchend, teils einem immer energischeren Druck nachgebend, durch ihren Vorsitzenden, den früheren Reichskanzler Dr. Brüning, aufgelöst worden ist; damit schwindet die letzte politische Partei im bisherigen Sinne aus Deutschlands öffentlichem Leben. Eine seltsame Fronte der Geschichte ist es, daß diese Auflösung gerade von dem Manne vollzogen wurde, der so lange den ersten Spatenstich zum Grabe des parlamentarischen Systems getan hat, ein System, das Dr. Brüning aber doch wieder im Kampf gegen die herausbrandende Bewegung des Nationalsozialismus wenigstens grundsätzlich zu retten versuchte. Sie hat ihn mit samt dem Zentrum hinweggeführt.

Die Geschichte der Nachkriegszeit in Deutschland ist in größtem Umfange identisch mit der Geschichte des Zentrums seit dem Augenblick, als in der neuen deutschen Nationalversammlung von 1919 das Zentrum, das doch lange Jahre hindurch in Preußen, Bayern, zeitweise auch im Reich mit den damaligen Konservativen zum katholisch-politischen System getan hat, ein System, das Dr. Brüning aber doch wieder im Kampf gegen die herausbrandende Bewegung des Nationalsozialismus wenigstens grundsätzlich zu retten versuchte. Sie hat ihn mit samt dem Zentrum hinweggeführt.

Der stärkste Vorwurf aber, der in der Nachkriegszeit westanschaulich gegen das Zentrum zu richten ist, bleibt immer der, daß ihm das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie die Angriffs-, ja sogar die Verteidigungskraft gegenüber dem Ansturm des rein materialistischen Marxismus und dessen kommunistischer Gefolgsleute gelähmt hat. Der allzu große Widerspruch zwischen dieser Wirklichkeit und dem „Grundsätzlichen“ des Zentrumsprogramms bzw. seiner westanschaulichen Verwurzelung klaffte immer weiter auf und ließ den Anspruch des Zentrums, als kleinerer politischer Vertreter der katholischen Interessen in Deutschland zu sein, immer häufiger erlöschen, was schon rein zahlenmäßig bei den Parlamentswahlen zum Ausdruck und Ausbruch kam. Außerdem war die Partei in den 14 Jahren der Nachkriegszeit aus schwerer Schuld belastet, daß gerade Männer des Zentrums es waren, die von Erzberger über Brüning, Marx bis zu Brüning, die eigentliche politische Verantwortung zu tragen hatten, aber nicht bloß vor dem deutschen Volk der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart, sondern vor der Weltöffentlichkeit.

Eine politisch-parlamentarische Vertretung der konfessionellen Interessen eines Volksteiles war eben in der Nachkriegszeit an sich schon nicht überlebensfähig geworden, sondern enthielt obendrein ein Prinzip der Abgrenzung von anderen Volksteilen, das jedenfalls im Weltkrieg restlos überwunden war und nie wieder hergestellt werden dürfte. Gegenüber der in und nach der Revolution „Siegreichen“ marxistischen und christentumsfeindlichen Sozialdemokratie hatte die damalige Gründung einer „Christlichen Volkspartei“, die konfessionell nicht einseitig sein sollte, einen notwendigen Sinn, aber sehr schnell ist diese Idee zugunsten der katholisch-konfessionellen Wiedereinparlierung im Zentrum aufgegeben worden, das seinen alten Namen wieder trug.

Diese politisch-konfessionelle Verklappung hat der Nationalsozialismus unter Hitlers Führung gesperrt. Erstens nach der rein politischen Seite hin, indem er den parlamentarischen Demokratismus — in den das Nachkriegszentrum tiefe Wurzeln hineingetrieben hatte — rücksichtslos beseitigte. Und zweitens, erstens durch die konfessionelle Seite der Einkapitelung dadurch, daß sich der Nationalsozialismus im allgemeinen und die Hitler-Regierung im besonderen bemüht, über das religiöse Trennende hinweg das Wollen und Handeln der Protestanten und der Katholiken Deutschlands auf ein einziges großes Ziel einzustellen: Deutschland. In einer großen Berliner Kundgebung hat der Oberpräsident für Brandenburg, Hitlers alter Rivalkämpfer Kube, mit Recht darauf verwiesen, es sei „durch die Überbrückung der konfessionellen Gegensätze“ schließlich gelungen, daß „das Zentrum aus seinen Hochburgen hinweggeführt wurde“. Ausdrücklich hat dann Kube fest, daß „das Zentrum nicht durch ein ein-

## Amerika kehrt Europa den Rücken.

### Der Vorhang fällt in London.

Die Weltwirtschaftskonferenz vor der Auflösung.  
Am Donnerstagvormittag sollte in London bei der Sitzung des Büros der Weltwirtschaftskonferenz die Entscheidung über die Vertagung fallen, an der niemand mehr zweifelt. Das Büro, dem die Vertreter von 16 Staaten angehören, vertagte sich jedoch nach mehrstündiger Sitzung noch einmal auf den späteren Nachmittag. Auf eine Anregung von Macdonald will man es vermeiden, daß irgendein Staat den Vertagungsantrag stellt, und will daher in einer noch einzubehaltenden Vollsitzung des Vertagungsantrags des Steueranschlusses zur Debatte stellen — ein fast kindlich anmutendes Spiel, mit dem die Konferenz weder sich selbst noch anderen Sand in die Augen streuen kann. Aber unter der Regie des bekanntlich aus dem Genfer Völkerbundbüros zusammengestellten Sekretariats spielt man die alten, von niemand in der Welt mehr ernst genommenen Trübsal, um den blauen Ausgang der mit so gewaltigen Mitteln zusammengeführten Konferenz noch irgendwie zu verschleiern.

Wie es tatsächlich steht, erfährt man aus zwei Tatsachen: die Amerikaner haben einschließlich ihrer Pressevertreter bereits auf dem am Sonnabend von Southampton nach New York abgehenden großen Überseedampfer alle noch verfügbaren Kabinen belegt lassen. Und das bereits erwähnte Sekretariat der Weltwirtschaftskonferenz packt ebenfalls die Koffer und hat seine Abreise nach Genf für den Sonnabend festgesetzt. Damit wird also die erneut angelegte Sitzung des Büros und der Vollkonferenz zu einem nur noch formellen Akt, die Vertagung als solche steht für alle Teilnehmer fest.

Auch hier gehört wieder einmal genau wie für die Genfer Veranstaltungen das Wort her: „Ein großer Aufwand nutzlos veran!“

### Um „das Gesicht zu wahren“ ...

Das Büro der Londoner Wirtschaftskonferenz nahm dann glücklich in den Abendstunden des Donnerstags einstimmig den Vorschlag des Steueranschlusses an, die Konferenzverhandlungen „in beschränktem Umfang fortzusetzen“. In diesem Zweck wurden die Unterausschüsse aufgefordert, eine Liste aller Fragen aufzustellen, die unter Berücksichtigung der ungerügten Währungsfrage verhandelt werden können. Sobald die Liste aufgestellt ist, wird eine neue Bürositzung einberufen, „um den weiteren Kurs“ festzusetzen.

Man hat also in diesem Londoner Kuriositätenmuseum noch nicht einmal die Zivilcourage aufgebracht, sich mit dem Odium eines Klaren und eindeutigen Vertagungsbeschlusses zu belasten. Trotzdem doch dieser so schamhaft abgefaßte und einseitig gebilligte Vorschlag des Steueranschlusses zu nichts anderem „gesteuert“ hat, als zu dem unwürdigen Vergleichnis der Konferenz. Denn Fragen, die unter Berücksichtigung der ungerügten Währungsfrage geregelt werden können, sind im Augenblick von gar keinem Interesse. Aber man hat „das Gesicht gewahrt“ und jetzt die Verhandlungen „in beschränktem Umfang“ fort. — Amerika, das den Mut hat, völlig neue Wege zu gehen, wird sich um das Londoner Possenspiel darum herzlich wenig kümmern.

## USA. kehrt Europa den Rücken.

### Radikale Kursänderung Roosevelts.

Während Roosevelt mit aller Kraft bemüht ist, das riesige amerikanische Wirtschaftsprogramm restlos durchzuführen, wird unter der Einwirkung der Londoner Ereignisse auch eine völlige Umkehrung der amerikanischen Außenpolitik vorgenommen. Washington ist entschlossen, sich von Europa

weitzumachen und seine Politik ganz auf Südamerika und die Länder am Stillen Ozean, hauptsächlich Japan und Rußland, einzustellen.

In Washington wird erklärt, daß die internationalen Konferenzen nichts eingebracht hätten und Amerika dabei stets den kürzeren gezogen habe. Von der Abrüstungskonferenz sei nichts mehr zu erwarten. Es wird bezweifelt, daß der bisherige Abrüstungsbeauftragte Norman Davis zur nächsten Genfer Tagung fährt.

Da die aufgerüsteten Nationen, wie z. B. Frankreich, sich trotz der verschiedenen amerikanischen Vorschläge gegen die Durchführung einer wirklichen Abrüstung wehren, bezweifelte man in Washington den praktischen Wert einer Fortsetzung der Abrüstungsbefestigungen.

Es bestehe auch kein Vertrauen mehr zum Kellogg-Pakt und zum Schiedsgerichtsverfahren. Auch in der Kriegsschuldenfrage sei Amerika überfordert worden. Amerikas Geduld Europa gegenüber sei zu Ende. Schon deshalb könnte es keine Überzeugung sein, daß Washington die vorzeitige Dollarstabilisierung glatt verweigert habe.

### Erste Auswirkungen des Dollarfalls.

Ferner berichten New Yorker Blätter, die Regierung sei entschlossen, die Politik der hohen Zollmauern fortzusetzen. Roosevelts Antarktisprogramm zielt darauf ab, daß sich Einfuhr und Ausfuhr die Waage halten. Der starke Dollarfall führe automatisch zu einer Einfuhrverminderung, die bereits stark erkennbar sei. Auch sonst beginnt sich die Inflation jetzt für die amerikanische Hausfrau spürbar auszuweiten. Die Kleinhandelspreise auf dem Lebensmittelmarkt sind über Nacht um 30 bis 60 Prozent gestiegen. Landwirtschaftsminister Wallace gab bekannt, daß gegen Lebensmittelwucherer mit den allerstärksten Mitteln vorgegangen werde.

### Amerika tritt 1935 vom Flottenvertrag zurück.

Die Lage in Genf hoffnungslos.  
Wie bekannt, ist Amerika entschlossen, mit Ablauf des Londoner Flottenvertrages am Ende des Jahres 1935 von diesem Vertrage zurückzutreten. Präsident Roosevelt sei gewillt, die amerikanische Flotte dann nach eigenem Gutdünken auszubauen. Die amerikanische Regierung sei von der Hoffnungslosigkeit der Flottenverhandlungen überzeugt, nachdem sich Japan zum Rücktritt von dem Londoner Vertrag entschlossen habe, falls ihm nicht die volle Flottengleichheit zugestanden werde.

Amerika sei ferner überzeugt, daß die Lage in Genf hoffnungslos sei. An einer Erörterung der Landabrüstung sei Amerika nicht interessiert.

### Neues Interesse Washingtons für Sowjetrußland.

In Washington wurde der Gesandte Stelinhart mit dem Studium des Rußlandproblems beauftragt. Stelinhart soll ansehnend die russische Einstellung in der Schuldenfrage sondieren und feststellen, wie weit Rußland zahlungsbereit ist. Zu seiner Aufgabe dürfte es auch gehören, klarzustellen, inwieweit die Sowjetunion zur Einstellung jeglicher Propaganda in Amerika nach erfolgter Anerkennung durch die USA geneigt ist.

### Moskau stellt Besserung der Beziehungen zu Frankreich fest.

Moskau, 6. Juli. In politischen Kreisen wird erklärt, daß die Aussprache Litwinows mit dem Außenminister Poincaré und dem Ministerpräsidenten Daladier äußerst freundschaftlichen Charakter trug. Es seien alle zur Zeit schwebenden wirtschaftlichen und politischen Fragen besprochen worden. Auf russischer Seite besteht der Eindruck, daß sich angesichts der letzten politischen Ereignisse die russisch-französischen Beziehungen stark verbessert haben. Weitere Besprechungen mit Daladier sollen demnächst stattfinden.

heitliches Bekenntnis von nationalsozialistischen Protestanten habe überwunden werden können, sondern nur dadurch, daß sich mehr als die Hälfte der deutschen Katholiken zu Adolf Hitler bekannte. Und weiter wird — notwendigerweise — sehr scharf unterstrichen: „Es kann von keiner Seite mehr versucht werden, einen neuen Glaubenskrieg zu entfachen.“

Vielleicht ist für die „Überfalligkeit“ des Zentrums übrigens nichts so bezeichnend wie die Tatsache, daß die Verhandlungen über ein Reichskonkordat mit der katholischen Kirche allein durch den Bischof von Paderborn als Mitglied der Reichsregierung geführt wurden, ohne daß dabei ein Führer einer Partei mitwirkte, die seit 1871

die auerente politische Vertreterin der katholisch-kirchlichen Interessen in Deutschland zu sein behauptet hat.

Die Geschichte des Zentrums ist zu Ende, nicht erst mit dem Tage, an dem es sich auflöste. Das hat es mit Widerstreben getan, und der Vorwurf Kubes, nicht „in Schönheit sterben“ zu können, wäre wohl nicht erhoben worden, wenn es eher der Tatsache Rechnung getragen hätte, daß seine Zeit vorbei, daß seine Wurzeln verrotten waren. Und konfessionspolitisch sollen wir im Kampf für Deutschland nicht fragen ob der Mann, der uns führt, ob die Männer, die neben uns stehen, Katholiken oder Protestanten sind, sondern nur das eine wie einstmalig draußen in Not und Tod: ob sie ihre Pflicht in diesem Kampfe tun.